

## Rede von Franz Vranitzky über den Verlauf der österreichischen Integrationspolitik (Wien, 14. Juli 1994)

**Legende:** Nach dem positiven Ausgang der Volksbefragung in Österreich am 12. Juni 1994 über den Beitritt des Landes zur Europäischen Union kommt der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky am 14. Juli vor dem Rat für Fragen der Europapolitik Österreichs noch einmal auf die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags in Korfu am 24. Juni zurück und erläutert die Pläne der Regierung, ein Weißbuch zur Festlegung der prioritären Aufgaben der Europapolitik zu verfassen.

**Quelle:** Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Wien. Bestand ÖVP-Parlamentsklub, Klubsekretär Dr. Helmut Wohnout, Ordner EU-Beitritt.

**Urheberrecht:** (c) Österreichische Volkspartei

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_franz\\_vranitzky\\_uber\\_den\\_verlauf\\_der\\_osterreichischen\\_integrationspolitik\\_wien\\_14\\_juli\\_1994-de-7cbd1d9a-786d-442d-8f07-ef485fb9ef49.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_franz_vranitzky_uber_den_verlauf_der_osterreichischen_integrationspolitik_wien_14_juli_1994-de-7cbd1d9a-786d-442d-8f07-ef485fb9ef49.html)

**Publication date:** 04/09/2012

## Rede von Franz Vranitzky über den Verlauf der österreichischen Integrationspolitik (Wien, 14. Juli 1994)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei den Beitrittsverhandlungen in Korfu haben wir uns erfolgreich darauf konzentriert, im Rahmen des vorliegenden "Acquis" Sonderregelungen und Übergangsbestimmungen im österreichischen Interesse zu erreichen. Ich habe aber bei der letzten Tagung dieses Rats - so wie bei unzähligen Diskussionen im Vorfeld der Volksabstimmung - nachdrücklich betont, daß sich unser Ziel nicht auf das Erreichen von Ausnahmen beschränken darf, sondern daß im Mittelpunkt unserer Anstrengungen die Mitgestaltung als gleichberechtigter Akteur der Europäischen Union stehen muß. Nunmehr geht es darum, diese Perspektive zu konkretisieren.

Seit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags am 24. Juni in Korfu nimmt Österreich als aktiver Beobachter an der Unionspolitik teil. Wenngleich bis zum Inkrafttreten des Beitrittsvertrages noch ohne formelles Stimmrecht, sind wir bereits jetzt informell voll in die EU-Entscheidungsprozesse eingebunden - das heißt, wir sind berechtigt und eingeladen, zu allen Vorhaben der Union österreichische Positionen einzubringen.

Angesichts dieser neuen Perspektive erschien es angebracht, den Rat für Fragen der österreichischen Integrationspolitik noch vor der Sommerpause einzuberufen, um Ihnen über die Entwicklungen seit der Volksabstimmung zu berichten:

- Einige Anmerkungen zu Korfu

- Weiters werde ich Ihnen die Pläne der Bundesregierung zur Erstellung eines "Weißbuches" erläutern, das die prioritären Interessenbereiche der österreichischen Unionspolitik definieren und unsere konkreten, mittelfristigen Ziele abstecken soll.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gipfel in Korfu ist für Österreich durch die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags zu einem historischen Datum geworden. Österreich hat als einziges Land vor diesem Ereignis die Volksabstimmung bereits durchgeführt. Bedauerlicherweise hat sich die mediale Präsentation dieses Ereignisses auf den Dissens bei der Auswahl des künftigen Kommissionspräsidenten konzentriert, obwohl bei diesem Treffen auch andere substantielle Fragen diskutiert wurden. Morgen findet in Brüssel eine Sondersitzung des Europäischen Rats statt, zu der ich von Bundeskanzler Kohl eine Einladung erhalten habe. Ich werde gemeinsam mit Bundesminister Mock daran teilnehmen.

- Einen Schwerpunkt der Beratungen des Europäischen Rats bildete die sozio-ökonomische Dimension der Union, insbesondere die Umsetzung des letzten Dezember von der Kommission vorgelegten Weißbuches über eine mittelfristige Strategie für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Das aus österreichischer Sicht konkreteste, erfreulichste Ergebnis wurde bei der Identifizierung transeuropäischer Netze erzielt. Nachdem in diesem Zusammenhang Bedenken einzelner Mitgliedstaaten überwunden werden konnten, wurde der Ausbau der Brenner-Bahn-Achse an die Spitze einer Liste von elf Verkehrsprojekten höchster Priorität gereiht, die im Zwischenbericht der Christophersen-Gruppe als "ausgereift" bezeichnet werden und deren Realisierung spätestens 1996 eingeleitet werden soll. Ich ersuche Bundesminister Klima, zum Stand der Planung und Realisierung des Brenner-Projekts kurz Stellung zu nehmen.

Daneben sollen ökologisch essentielle Verkehrsmaßnahmen entlang der Österreich durchziehenden Ost-West-Transversale gesetzt werden. Für die mittelfristige Planung ist außerdem beachtenswert, daß die Schlußfolgerungen der griechischen Präsidentschaft erstmals ausdrücklich festhalten, daß die Christophersen-Gruppe bis zur Tagung des Europäischen Rats in Essen auch die Ausweitung der transeuropäischen Netze auf die Länder Mittel- und Osteuropas eingehender prüfen soll.

- Ein beherrschendes Thema war die Gemeinsame Aktion zur Schließung von Tschernobyl im Rahmen der

Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union. In Vorbereitung des G7-Treffens in Neapel wurde nach einem gemeinsamen Standpunkt in Bezug auf die Umsetzung dieses Vorhabens gesucht. Die Schließung des AKW Tschernobyl ist aus österreichischer Sicht natürlich begrüßenswert. Hier ist auch zu beachten, daß der Europäische Rat die Billigung des diesbezüglichen Aktionsplans der Europäischen Kommission u.a. an die Bedingung knüpfte, daß gleichzeitig zur Schließung des AKW Tschernobyl Maßnahmen zur Förderung von Energieeinsparungen und zur Entwicklung alternativer Energiequellen getroffen werden. Österreich verwehrt sich jedoch bei der Umsetzung dieses Projekts mit Nachdruck dagegen, gleichzeitig mit der Schließung von Tschernobyl nukleare Entwicklungsmodelle der Ukraine zu fördern. Ich habe dies bereits in Korfu im Kreis der Staats- und Regierungschefs zum Ausdruck gebracht.

- Hervorzuheben ist weiters, daß der Europäische Rat auf der Grundlage einer deutsch-französischen Initiative seine Entschlossenheit bekundet hat, Manifestationen von Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verstärkt durch gemeinsames europäisches Handeln zu bekämpfen. Eine von den Mitgliedstaaten mit herausragenden Persönlichkeiten zu beschickende Beratende Kommission wird beauftragt, eine umfassende Strategie der Union zur Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalthandlungen auszuarbeiten. Beim Europäischen Rat im Dezember dieses Jahres soll diese Kommission einen Zwischenbericht vorlegen. Der deutsche Bundeskanzler hat sich zum Fürsprecher dieser Initiative gemacht.

- Schließlich wurde in Korfu die Vorbereitung der für 1996 angesetzten Regierungskonferenz behandelt. Bemerkenswert ist, daß über die Bestimmungen hinaus, die aufgrund des Maastrichter Vertrages einer Überprüfung zu unterziehen sind, ausdrücklich auch andere mögliche Verbesserungen im Geiste der Demokratie und Offenheit als Zielbereiche dieser Konferenz bezeichnet wurden.

Der Beginn der Vorarbeiten der sogenannten Reflexionsgruppe - bestehend aus Mitgliedstaaten und Vertretern des Europäischen Parlaments - wurde mit Juni des nächsten Jahres festgelegt. Diese Terminisierung erscheint aus österreichischer Sicht deshalb günstig, da wir so von Anfang an als vollwertiges Mitglied auf die Ausgestaltung dieser Konferenz Einfluß nehmen werden können. Unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten ist ferner zu begrüßen, daß in Korfu vereinbart wurde, Vertreter des Europäischen Parlaments unmittelbar in diese Vorbereitungen einzubeziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren !

Als aktiver Beobachter steht Österreich nicht nur die Teilnahme am Europäischen Rat, sondern auch an allen Tagungen des Rates, des Ausschusses der Ständigen Vertreter sowie der Arbeitsgruppen des Rates und der Kommission offen. Es ist zu erwarten, daß österreichischen Vertretern demnächst auch im Ausschuß der Regionen und im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Beobachterstatus eingeräumt wird.

Die Mitwirkung in fachspezifischen EU-Gremien wird nach unserer innerstaatlichen Kompetenzverteilung vom sachlich federführenden Bundesministerium wahrgenommen, das seinerseits die mitbefaßten Ressorts, die Sozialpartner sowie die Länder und Gemeindevertretungen in die Vorbereitung einbezieht.

Österreich verfügt - bereits kurz nach der Vertragsunterzeichnung - über Mitwirkungsstrukturen, die einen Übergang von der Rolle des Beitrittswerbers in jene eines unionspolitischen Akteurs erlauben. Ich halte das für wichtig, wenn man die strukturellen Schwierigkeiten zum Vergleich nimmt, die einige neue Mitgliedstaaten bei früheren Erweiterungen vorfanden, um sich in den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozeß einzufügen. Es ist zu bedenken, daß die aktive Teilnahme an der Unionspolitik für die österreichische Politik und Verwaltung bisher nicht gekannte Herausforderungen zu ressortüberschreitender Koordination und institutioneller Flexibilität stellt.

Zweifellos werden wir deshalb bis zum Beitrittsdatum noch weitere institutionelle Maßnahmen setzen müssen, um Mitwirkungsstrukturen so zu gestalten, daß sowohl eine breite innerstaatliche Legitimation als auch ein konsistentes Auftreten Österreichs in der europäischen Arena gewährleistet wird.

Es geht daher in den nächsten Monaten vor allem darum, die Mitwirkungsrechte des Nationalrats, des

Bundesrats, der Länder und Gemeinden zu bestimmen und im Bundes-Verfassungsgesetz zu verankern.

Sehr geehrte Damen und Herren!

So wichtig die Europafähigkeit der institutionellen Strukturen auch ist - Voraussetzung für deren effizienten Einsatz sind fundierte europapolitische Leitlinien, die den österreichischen Verhandlungsdelegationen inmitten der Dynamik des Brüsseler Unionsalltags einen konsistenten Weg weisen sollen:

Wir haben in dieser Hinsicht bereits im Rahmen der Beitrittsverhandlungen positive, zukunftsweisende Akzente gesetzt. Ich erinnere nur an die Lösung im Umweltbereich, die darauf abzielt, die Standards der Union auf das Niveau Österreichs anzuheben, oder an das Transitprotokoll, das einen innovativen Ansatz für eine künftige gemeinsame Verkehrspolitik darstellt.

Als aktives Mitglied bedürfen wir nun aber einer umfassenden Handlungsanleitung. Um diese Dimensionen der künftigen österreichischen Europapolitik zu bestimmen, hat die Bundesregierung unmittelbar nach der Volksabstimmung die Initiative zur Erstellung eines "Weißbuchs" ergriffen.

Dieses österreichische Weißbuch orientiert sich grundsätzlich an den aktuellen Politiken und an den mittelfristigen Programmen der Union. Zweck dieses Weißbuchs ist erstens, jene Zielbereiche der Unionspolitik zu definieren, auf die sich die österreichischen Einflußmöglichkeiten konzentrieren werden. Zweitens geht es darum, Handlungs- und Gestaltungsspielräume aufzuzeigen und hiezu österreichische Grundsatzpositionen zu bestimmen. Im Vordergrund sollen dabei konkrete, kurz- und mittelfristig umsetzbare Vorschläge stehen. Der Zeithorizont des österreichischen Weißbuchs wird deshalb bis zur Regierungskonferenz 1996 reichen.

Die Gestaltung des Weißbuchs wird sich grundsätzlich an fünf - inhaltlich miteinander verknüpften - Dimensionen ausrichten. Ohne durch die Reihenfolge eine Wertigkeit vorzugeben, wird es

- eine wirtschaftspolitische,
  - eine sozialpolitische,
  - eine ökologische und gesundheitspolitische,
  - eine forschungs- und bildungspolitische sowie
  - eine demokratie- und sicherheitspolitische Dimension enthalten.
- Ein wesentlicher Aspekt der wirtschaftspolitischen Dimension wird es sein, die österreichischen Positionen zur Umsetzung und Fortentwicklung des Delors-Weißbuches zum Thema "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung", insbesondere auch hinsichtlich der Transeuropäischen Netze, zu definieren. Anzumerken ist an dieser Stelle, daß Österreich der Europäischen Kommission bereits im Jahre 1993 eine Stellungnahme zu Entwürfen des EU-Weißbuchs vorgelegt hat. Die nunmehrige Arbeit kann also an dieses Konzept anschließen. Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Dimension werden weiters u.a. österreichische Positionen zur Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Struktur- und Regionalpolitik, der Industriepolitik und der Agrarpolitik zu bestimmen sein.
- Die sozialpolitische Dimension wird österreichische und europäische Lösungen insbesondere zu beschäftigungspolitischen Problemen aufzeigen. Zudem werden im Rahmen dieses Kapitels u.a. gemeinschaftspolitische Aspekte des Konsumentenschutzes behandelt.
- Die ökologische Dimension wird sich mit der Umsetzung der im Beitrittsvertrag enthaltenen umweltpolitischen Lösungen befassen. Darüberhinaus werden innovative österreichische Vorschläge präsentiert, die den integralen Ansatz verfolgen, die sektoralen Politiken der Gemeinschaft stärker als bisher an Maßstäben der Umweltverträglichkeit auszurichten. Besonderes Augenmerk wird dabei auch verkehrsrelevanten Fragen gelten. Über das Transitprotokoll hinausgehend sollten Wege zu einer ökologisch motivierten gesamteuropäischen Verkehrspolitik aufgezeigt werden. Zudem werden im Rahmen dieser Dimension Positionen zur Nuklearpolitik und zur Gesundheitspolitik behandelt.

- In einer vierten Dimension wird das Weißbuch Perspektiven der österreichischen Teilnahme an der Gemeinschaftspolitik in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Bildungsprogramme ausweisen. In diesem Zusammenhang werden vor allem auch die Anreize für unternehmensorientierte Forschung und Technologien der effizienten Energienutzung behandelt. Die volle Teilnahme an den gemeinschaftlichen Programmen steigert die Bildungschancen unserer Jugend, die Leistungsfähigkeit und Internationalisierung der österreichischen Universitäten und Forschungszentren, und damit generell die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nachhaltig. Die Aufgabe des Weißbuchs ist es in dieser Hinsicht, ein forschungs- und bildungspolitisches Aktionsprogramm zu erstellen, um diese europäischen Ressourcen von Beginn an voll auszuschöpfen.

- Schließlich werden in einer demokratie- und sicherheitspolitischen Dimension koordinierte österreichische Ausgangspositionen für die institutionelle und GASP-relevante Diskussion, die im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 bevorsteht, definiert. Ich führe hier nur u.a. die Stichworte Legitimation, Subsidiarität, Transparenz und Effizienz der Entscheidungsprozesse in der Union an.

In diesem Zusammenhang wird Österreich auch seine Sicht weiterer Erweiterungen der Union und alternativer Konzepte zur Verstärkung der sozialen und ökonomischen Kohäsion zwischen West- und Osteuropa darlegen. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt dieser Dimension wird dem Beitrag Österreichs zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa sowie zur Integration im Bereich Inneres und Justiz gelten.

Es ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, im Rahmen dieses Weißbuches die inhaltlichen Querverbindungen zwischen den fünf genannten europapolitischen Dimensionen hervorzuheben. Dies wird durch eine interdisziplinäre, ressortübergreifende Konzeptentwicklung gewährleistet. Ich betone auch in diesem Forum, daß die für den Erstentwurf der einzelnen Kapitel des Weißbuches verantwortlichen Ressorts dafür Sorge tragen, daß der Sachverstand und die Interessen der Sozialpartner und der Länder in bewährter Weise berücksichtigt werden. In guter Erinnerung ist die gemeinsame Studie der Sozialpartner am Beginn der Beitrittsverhandlungen.

Die interministerielle Vorbereitung des Weißbuches wurde bereits in den letzten Wochen in Angriff genommen. Zieldatum für dessen Fertigstellung und Präsentation ist die Tagung des Europäischen Rates, die Anfang Dezember in Essen stattfindet. Das heißt einerseits, daß die Bundesregierung schon vor dem geplanten Beitrittsdatum 1. Jänner 1995 über ein fundiertes und detailliertes europapolitisches Programm verfügen wird. Andererseits will die Bundesregierung damit der Union einen Orientierungsrahmen bieten, der die integrationspolitischen Absichten des neuen Mitgliedstaates Österreich skizziert. Es entspricht dem Verständnis einer aktiven österreichischen Integrationspolitik, daß wir, wenn wir die Eintrittskarte in die Europäische Union entgegennehmen, sogleich auch unsere eigene Visitenkarte vorweisen können.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Österreich tritt mit einem einzigartigen Bonus in die Europäische Union ein:

- Die ökonomischen, sozial- und umweltpolitischen Voraussetzungen reihen Österreich unter die integrationspolitischen Musterländer ein.

- Österreich hat sich in der Union im Rahmen der Beitrittsverhandlungen nicht nur durch Hartnäckigkeit bei der Vertretung eigener Interessen profiliert, sondern vor allem durch das Bemühen, innovative, umweltbewußte Integrationsansätze zu forcieren.

- Die Zustimmung von zwei Dritteln der österreichischen Bevölkerung ist in Legitimationsbeweis, dem angesichts der aktuellen Integrationskegels in anderen Mitgliedstaaten besonderer Stellenwert zukommen dürfte.

Die österreichische Bundesregierung wird mit dem "Weißbuch" die Grundlage schaffen, um diesen Bonus in der künftigen Unionspolitik umzusetzen. Wir werden uns auch im Rahmen der Bundesregierung dafür

einsetzen, daß diese Arbeit -unbeirrt vom bevorstehenden Wahlkampf - sachbezogen und im österreichischen Gesamtinteresse geleistet wird. Ich bedanke mich bei dieser ersten Sitzung nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bei den Mitglieder des Rats für Ihren Beitrag.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte nun vor der allgemeinen Diskussion die anwesenden Mitglieder der Bundesregierung um allfällige ergänzende Ausführungen.